

Protokoll

der Gemeindeversammlung, Mittwoch, 23. November 2016, 20.00 Uhr,
im Zentrum Schützenmatt

<u>Vorsitz</u>	Gemeindepräsident Peter Dittli
<u>Protokoll</u>	Gemeindeschreiberin Petra Poletti
<u>Anwesend</u>	161 Stimmberechtigte, absolutes Mehr liegt bei 82
<u>Stimmzähler</u>	Armando Elsener, Oberbüeltli, Edlibach Luzia Moos-Werder, Erlenhof, Finstersee

Traktanden

- Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 18. Mai 2016
- Nr. 2 Antrag Budget 2017
Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission
- Nr. 3 Kenntnisnahme Finanz- und Investitionsplan 2017 – 2021
- Nr. 4 Rahmenkredit Strassenunterhalt – Kreditbegehren
- Nr. 5 Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes vom 10. Dezember 2003
- Nr. 6 Machbarkeitsstudie für die öffentlichen Gebäude
- Nr. 7 Interpellation zur Wiedereinführung der Hol- und Bringstation im neuen Werkhof
- Nr. 8 Weitere Informationen aus dem Gemeinderat

Eröffnung

Gemeindepräsident Peter Dittli eröffnet um 20.00 Uhr die Versammlung.

Er begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Gäste sowie den Vertreter der Neuen Zuger Zeitung und dankt ihm für eine objektive Berichterstattung. Er weist darauf hin, dass zur Unterstützung des Protokolls Tonbandaufnahmen gemacht werden. Diese Aufnahmen werden nach der nächsten Gemeindeversammlung gelöscht.

Die Budgetgemeinde ist gemäss Art. 72 Abs. 1 des Gemeindegesetzes durch zweimalige Ausschreibung im Amtsblatt und Zustellung der Vorlagen an alle Haushaltungen ordnungsgemäss einberufen worden.

Der Vorsitzende weist auf das Stimmrecht hin und verliest den in der Gemeindeversammlungsbroschüre angebrachten Hinweis. Er ersucht die Nichtstimmberechtigten, sich bei den Abstimmungen der Stimme zu enthalten. Die Nichtstimmberechtigten dür-

fen sich auch nicht zu Wort melden, ausgenommen sind die heute anwesenden, vom Gemeinderat eingeladenen Fachpersonen, denen zu bestimmten Traktanden das Wort erteilt werden kann.

Gemäss § 76 Abs. 2 des Gemeindegesetzes ist über Ordnungsanträge unverzüglich abzustimmen. Dazu gehören auch Rückweisungsanträge.

Die vom Vorsitzenden vorgeschlagenen **Stimmzähler** werden stillschweigend genehmigt.

Rolf Berweger beantragt, die drei Vorlagen Nrn. 4 bis 6 vor dem Budget zu behandeln. Grund dafür ist, dass alle drei Vorlagen einen direkten Einfluss aufs Budget haben. Die entsprechende Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste sieht wie folgt aus:

- Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 18. Mai 2016
- Nr. 2 Rahmenkredit Strassenunterhalt – Kreditbegehren
- Nr. 3 Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes vom 10. Dezember 2003
- Nr. 4 Machbarkeitsstudie für die öffentlichen Gebäude
- Nr. 5 Antrag Budget 2017
Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission
- Nr. 6 Kenntnisnahme Finanz- und Investitionsplan 2017 – 2021
- Nr. 7 Interpellation zur Wiedereinführung der Hol- und Bringstation im neuen Werkhof
- Nr. 8 Weitere Informationen aus dem Gemeinderat

Die Anwesenden stimmen der **geänderten Traktandenliste** grossmehrheitlich zu.

Behandlung der Traktanden

Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 18. Mai 2016

Zum Protokoll sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Nr. 2 Rahmenkredit Strassenunterhalt – Kreditbegehren

Martin Kempf (Vorsteher Bau) gibt ausführliche Erläuterungen zum Rahmenkredit Strassenunterhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation ab.

Die Vorlage Rahmenkredit Strassenunterhalt wurde aus simplen Gründen vorgelegt. Es wird immer schwieriger, etwas zu planen aufgrund von vielen Faktoren. Die Zufahrt zum Werk-/Ökihof wurde als sehr dringend erachtet, da diese in einem sehr schlechten Zustand ist. Auf der Seite vom Werk-/Ökihof wurden deshalb bereits die Randsteine erneuert. Während der Bauzeit ging ein privates Baugesuch ein. Dieses kann die Gemeinde nicht beeinflussen. Es betrifft das letzte Grundstück am Ende der Industriestrasse. Dieses wird nun auch bebaut. Es macht keinen Sinn, diese Strasse zu sanieren. Die Gemeinde ist deshalb angewiesen, das Projekt zu ändern. Bis anhin liefen die

Kredite per Ende Jahr aus und das Geld stand nicht mehr zur Verfügung. Dies obwohl die fast 55 km Gemeindestrassen Unterhalt brauchen. Dies hat die Gemeinde dazu veranlasst, diese Vorlage zu erstellen, wie bei der Kanalisation. Die Gemeinde möchte nicht mehr Geld als bis anhin, sondern möchte eine Verteilung auf vier Jahre. Es ist nicht vorgesehen, dass jedes Jahr eine Tranche in Anspruch genommen wird. Der Betrag ist genau gleich hoch wie vorher als Gesamtes.

Kürzlich kam eine Meldung des Kantons, dass ein für 2018 geplantes Projekt aus Spargründen um ein Jahr hinausgeschoben wurde. Dort hat die Gemeinde Anschluss-teile, welche sie betreffen. So ist die Gemeinde immer mehr eingebunden. Durch diesen Globalkredit können die Projekte für den Strassenunterhalt rationeller und bedürfnisgerechter realisiert werden.

Josef Marty bemerkt, dass das Projekt „Industriestrasse“ eine Grössenordnung besitzt, über welches die Gemeindeversammlung Beschluss fassen müsste. Ein solch grosses Projekt kann nicht ohne Miteinbezug der Bevölkerung und der Anwohner gebaut werden. Er möchte den Antrag stellen, dass die Gemeindeversammlung über dieses Projekt abstimmen soll. Die Anwohner und die Bevölkerung müssen miteinbezogen werden. Insbesondere auch, da die Einwohner die Strasse benützen werden, um beim Ökihof ihre Entsorgungen zu erledigen.

Martin Kempf (Vorsteher Bau) präzisiert, dass ohne die Unterschrift der Nachbarschaft nicht gebaut werden kann. Dies betrifft auch diesen Fall. Es kann nicht ohne Einwilligung der betroffenen Nachbarschaft gebaut werden. Sobald alle Unterschriften vorhanden sind, werden die betroffenen Anwohner eingeladen. Im Anschluss wird das Projekt ausgeschrieben, aber dies darf baurechtlich erst nach Eingang aller rechtlichen Unterschriften erfolgen. Genau aus diesem Grund ist der Globalkredit ein Vorteil. Es gibt immer mehr Dinge, welche mit einbezogen werden müssen. Dies macht das Leben schwieriger. Die Herausforderung wird angenommen, aber wie soll geplant werden, wenn man nicht weiss, welches Projekt kommt? Der Gemeinderat will nicht mehr Geld und die Bevölkerung/Einwohner sind genau gleich miteinbezogen. Wäre die Unterschrift vorhanden gewesen, wäre dieses Projekt wie geplant dieses Jahr realisiert worden. Es musste sehr lange gewartet werden, da immer noch eine Unterschrift fehlt. Nun wurde eine Lösung gefunden. Dieses Projekt muss öffentlich ausgeschrieben werden und dafür braucht es eine Unterschrift.

Josef Marty möchte wissen, wie viel das Projekt „Industriestrasse“ gekostet hätte.

Martin Kempf (Vorsteher Bau) entgegnet, dass der Betrag nicht genau genannt werden kann. Die Kosten des hinteren Teils der Industriestrasse sind bekannt, diejenigen beim vorderen Teil noch nicht, da die Unterschrift noch aussteht. Das Ganze wird ca. CHF 380'000 kosten. Es kann noch nicht bestimmt werden, wie beim „vorderen Teil“ der Abschluss gemacht wird, da das betroffene Grundstück nicht der Gemeinde gehört. Der Gemeinde gehört nur die Industrie- und die Moosstrasse. Die Gutschstrasse ist eine Privatstrasse. Vom Grundeigentümer des unteren Bereichs braucht es für die Fussgänger Verbindung noch eine Unterschrift.

Gemeindepräsident Peter Dittli bringt die Anträge des Gemeinderates zur Abstimmung:

Der Gemeinderat beantragt:

1. Für die Jahre 2017 – 2020 wird ein Rahmenkredit von insgesamt CHF 2'000'000 für den Ausbau, die Erneuerung und den Unterhalt der gemeindlichen Strassen, Plätzen, Radstrecken und Fusswegen bewilligt.
2. Der Gemeinderat verfügt über den Kredit
3. Die auf diesem Kredit angefallenen Aufwände werden jährlich zu 100% abgeschrieben.

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 126 Stimmen und somit **grossmehrheitlich zugestimmt**.

Gegenantrag Josef Marty: Das Projekt „Industriestrasse“ muss vor die Gemeindeversammlung gebracht werden.

Der Gegenantrag von Josef Marty erhält 6 Stimmen und ist somit abgelehnt.

Nr. 3 Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes vom 10. Dezember 2003

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzen) gibt ausführliche Erläuterungen zur Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes vom 10. Dezember 2003 anhand einer PowerPoint-Präsentation ab.

Tatsache ist, Sparen ist in aller Munde und der Zeitpunkt nicht optimal. Doch wann ist der richtige Zeitpunkt? In der letzten Legislatur mit dem damaligen Gemeinderat wurde bereits über eine Erhöhung nachgedacht. Dazumal wurde aber beschlossen, dass es nicht der richtige Zeitpunkt wäre. Es wird nun versucht, transparent aufzuzeigen, weshalb der Gemeinderat eine Erhöhung der Entschädigung beantragt. Diese Vorlage wurde verfasst, da der zeitliche Aufwand im Laufe der letzten Jahre gestiegen ist. Martin Kempf und Peter Dittli können dies sehr gut beurteilen, da beide seit 2003 im Gemeinderat sind und diese Entwicklung hautnah miterleben. Aus Sicht von Peter Dittli gibt es folgende Gründe: Die Sachgeschäfte werden immer komplexer. Ein Beispiel dafür ist die Schulraumplanung. Es gibt viel mehr Mitwirkungsverfahren, Vernehmlassungen und kantonale Arbeitsgruppen. Dort muss der Gemeinderat vertreten sein, auch deshalb, damit der Kanton im Rahmen der Sparmassnahmen nicht noch mehr Aufgaben und Kosten an die Gemeinden überwälzt. Dies führt dazu, dass sich der Gemeinderat mehr als früher mit anderen Gemeinden vernetzt und abspricht. Der Gemeinderat erfüllt mehr Repräsentationspflichten. Dies tut er auch, um mit allen Anspruchsgruppen wie Bevölkerung, Vereine, Wirtschaft usw. Kontakt zu pflegen. Die vom Gemeinderat beantragte Teilrevision vom Personal- und Besoldungsreglement soll dazu führen, dass sich die Schere zwischen der Entschädigung und dem effektiven Arbeitsaufwand nicht noch weiter öffnet.

Die Vorsteherin Finanzen, **Isabelle Menzi**, zeigt auf, dass der Gemeinderat Menzingen im Vergleich mit anderen Zuger Exekutiven günstig im Unterhalt ist. Ebenso liegen die erfassten Stunden des Gemeinderates Menzingen weit über den entschädigten Stunden. Der Gemeinderat Menzingen arbeitet zu einem bescheidenen Studenansatz.

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzen) erklärt, dass dem Gemeinderat bekannterweise ein Gesamtpensum von 185 Stellenprozente zusteht. Davon erhält jeder Gemeinderat 25 % im Grundpensum. Der verbleibende Rest von 40 % wird je nach Ressortbelastung verteilt. Die momentane Aufteilung ist wie folgt: Präsidium 20 %, Bau 40 %, Bildung 39 %, Soziales und Gesundheit 30 %, Sicherheit und Volkswirtschaft 29 %, Finanzen und Standortmarketing 27 %. Wie aus der Broschüre entnommen werden kann, beziehen gewisse Gemeinderäte Entschädigungen für spezielle Mandate oder Aufgaben. Diese Mandate stehen natürlich im Zusammenhang mit dem Amt, werden aber separat und persönlich entschädigt. Isabelle Menzi fügt noch an, dass die Zeit, welche für diese Mandate aufgewendet wird, nicht in der nachfolgenden Übersicht eingeflossen ist. Diese Mandate werden also separat vergütet und auch zeitlich separat erfasst. Um ein klares Bild der Situation in Menzingen zu schaffen, wurde das Gesamtpensum mit jenem von anderen Zuger Gemeinden verglichen. In dieser Übersicht fehlen Neuheim und Walchwil, weil es dort keine vergleichbare Abgeltung gibt. Das heisst, dass dort jede Sitzung separat ausbezahlt wird. Nimmt man die vergleichbaren Gemeinden, ist ersichtlich, dass Menzingen immer mind. 47 % weniger Pensum erhält. Natürlich könnte jetzt eingewendet werden, dass die meisten Gemeinden einwohnermässig grösser sind als Menzingen. Dies ist korrekt. Es ist aber auch richtig, dass grössere Gemeinden auch mehr Personal beschäftigen als Kleinere. Dies hat zur Folge, dass anfallende Aufgaben oder auch Teilnahme an Sitzungen an die jeweilige Fachperson in der Verwaltung delegiert werden können. In Menzingen nehmen die Gemeinderäte die Teilnahme an kantonalen Sitzungen sowie den Einsitz in Arbeits-

gruppen selbst wahr. Diese Teilnahmen sind sehr wichtig. Menzingers Interessen müssen vertreten werden. Menzingen möchte mitdiskutieren, mitargumentieren und somit mitentscheiden, wenn es um Änderungen oder Neubeurteilungen geht. Dies ist auch etwas, was von der Bevölkerung gefordert wird. Vielleicht denkt man, dass der Gemeinderat bereits einen guten Lohn erhält. Dies ist richtig, der Gemeinderat beklagt sich darüber nicht. Auch diesbezüglich wurde eine Übersicht mit dem Vergleich mit den Zuger Gemeinden erstellt. Die Zahlen stellen den Gegenwert eines 100 % Pensums dar. Auch hier ist ersichtlich, dass Menzingen eindeutig das Schlusslicht ist. Isabelle Menzi stellt nochmals klar, dass keine Lohnerhöhung beantragt wird. Dieser bleibt nach wie vor in der Lohnklasse 19 / Lohnstufe 10. Auch nach einer allfälligen Pensenerhöhung würde der Gemeinderat mit einem aufgerechneten 100 % Pensum immer noch die CHF 142'961 erhalten.

Es wird beantragt, dass alle Gemeinderäte nicht 25 %, sondern 37 % als Grundpensum erhalten. Die Einstufung der Lohnklasse bleibt explizit gleich. Es würde lediglich das Grundpensum von 125 auf 185 % erhöht. Bei den Funktionszulagen würde das Präsidium wie bisher mit zusätzlich 20 % vergütet. Ausserdem stehen den Gemeinderäten anstelle von 40 neu 25 % zur Verfügung, dies als Ausgleich von verschiedenen Ressortbelastungen. Insgesamt würde das Gemeinderatspensum von 185 auf 230 % aufgestockt. Dies entspricht einer Erhöhung von 45 %, verteilt auf fünf Personen. Nimmt man den Penservergleich aus der Präsentation, wird bewusst, dass Menzingen nach wie vor die hinterste Position einnimmt. Die nächste Gemeinde Oberägeri, welche mit den Einwohnerzahlen vergleichbar ist, hat ein Gesamtpensum von 232 %.

Wie ausserdem ersichtlich ist, wird eine Erhöhung der Spesenpauschale beantragt. Mit dieser Pauschale sind sämtliche Auslagen im Zusammenhang mit dem Amt abgegolten. Damit werden Handyrechnungen, Reisespesen, Parkkosten, Kommissionsauslagen, Auslagen für Kaffee mit Gästen usw. bezahlt. Erfahrungsgemäss sind diese schnell ausgegeben. Auch hier wurde der Vergleich mit anderen Gemeinden erstellt. Dies ist jedoch sehr schwierig. Von pro Person CHF 300 pro Monat bis pro Person 12 % des Jahresgehalts ist alles vertreten. Also wäre Menzingen auch hier nicht in einer Spitzenposition, sondern immer noch das Schlusslicht. Der Antrag des Gemeinderates, den Pauschalbetrag auf CHF 2'000 pro Funktion zu erhöhen, wird aus diesem Grund als fair betrachtet. Frankenmässig bedeutet dies im Budget eine Erhöhung von CHF 269'978 auf CHF 340'811, insgesamt CHF 70'833. Dies versteht sich explizit ohne die Arbeitgeberbeiträge. Dafür würde eine Erhöhung von CHF 10'602 für zusätzliche Arbeitgeberbeiträge gelten. Alles in Allem würde sich die Gesamterhöhung CHF 70'833 plus die Arbeitgeberbeiträge von CHF 10'602 auf ein Total von CHF 81'435 belaufen.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wieviel Zeit im 2015 aufgewendet und wieviel dafür vergütet wurde. Das Jahr 2015 wurde als Basis genommen. Dies war jedoch ein aussergewöhnliches Jahr. Beispielsweise musste die Gemeinde während längerer Zeit ohne Gemeindeschreiber auskommen. Auch wurde das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Der Mehraufwand diesbezüglich hat sich in Grenzen gehalten. So hat das Verwaltungspersonal die Mehrarbeit bezüglich Vertretung des Gemeindeschreibers übernommen. Ausserdem gibt es in jedem Jahr spezielle Projekte wie ein solches Mitwirkungsverfahren. Dies werden die Kollegin und Kollegen bestätigen, welche schon länger im Amt sind. Die im Jahr 2016 bisher erfasste Arbeitszeit befindet sich im vergleichbaren Rahmen. Deshalb wurde das Jahr 2015 als Basis genommen. Die Sollarbeitszeit wären 3'892 Stunden gewesen. Effektiv erfasst wurden 5'969 Stunden. Diese erfassten Stunden entsprechen einem Pensum von 284 %, was wiederum einer Entschädigung von CHF 406'009 entsprechen würde. Die Differenz ist also ein 100 % Pensum. Dies sind die Fakten, welche zusammen getragen wurden. Dem Gemeinderat ist klar, dass nicht sämtliche zeitliche Aufwände abgegolten werden können. Der Gemeinderat befindet die obenerwähnte Diskrepanz von 99 % als zu hoch. Und deshalb nochmals: der Gemeinderat beantragt keine Lohnerhöhung, sondern eine Erhöhung der Zeit, welche entschädigt wird sowie die Erhöhung der Spesenpauschale. Das Amt des Gemeinderates bringt eine grosse Verantwortung mit sich. Wegweisende Entscheide von grosser Tragweite müssen gefällt werden. Dabei werden die einzelnen Geschäfte immer komplexer. Jeder Gemeinderat benötigt daher mehr Wissen und entsprechend Zeit damit die für die Gemeinde Menzingen wichtigen Entscheide getro-

fen werden können. Der Gemeinderat ist stolz, dass er das Vertrauen der Bevölkerung erhalten hat. Das Amt wird mit Achtung und Respekt aber auch mit viel Freude ausgeführt. Der Gemeinderat möchte die Gemeinde vorwärts bringen und ihre Anliegen im Kanton vertreten. Es soll auch hier mit der Zeit gegangen werden und das Amt soll mit einer zeitgemässen und fairen Entschädigung auch für zukünftig gewählte Volksvertreter attraktiv bleiben. Der Gemeinderat dankt für die Wertschätzung.

Niklaus Elsener versichert, dass die Bevölkerung die Ausführung des Amtes des Gemeinderates schätzt. Trotzdem macht er beliebt, dieses Traktandum abzulehnen. Gerechtfertigt oder nicht, stellt Niklaus Elsener nicht zur Diskussion. In der aktuellen Situation ist dies einfach nicht angemessen. In den verschiedenen Abteilungen verlangt man zu sparen, jedoch selbst möchte man sich mehr Lohn geben. Dies geht für Niklaus Elsener nicht auf. Kantonal stehen noch diverse Sparbemühungen an. Da kommen sicher noch weitere Kosten auf die Gemeinde zu. Um die Arbeitsbelastung des Gemeinderates etwas brechen zu können, muss den Mitarbeitenden mehr Vertrauen geschenkt werden. Zudem sollte der Gemeinderat nicht ständig im operativen Geschäft tätig sein, sondern sich den strategischen Aufgaben widmen. Ein weiterer Punkt ist der Zeitpunkt dieses Traktandums. Ein solches Begehren soll eher am Ende einer Legislatur gebracht werden, und nicht nach zwei Jahren. Allen Ratsmitgliedern sollten die Spielregeln eines solchen Amtes klar gewesen sein, auch die Entlohnung.

Deshalb stellt Niklaus Elsener den folgenden **Rückweisungsantrag**:

- Auf das Traktandum Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes soll nicht eingegangen werden.
- Über Lohnerhöhung des Gemeinderates kann bei finanziell besseren Zeiten wieder diskutiert werden.
- Lohnanpassungen sollen immer Ende einer Legislaturperiode traktandiert werden.

Peter Dittli stellt fest, dass über Ordnungsanträge wie Rückweisungsanträge gemäss § 76, Abs. 2 des Gemeindegesetzes unverzüglich abgestimmt werden muss.

Der **Rückweisungsantrag von Niklaus Elsener** wird mit 58 zu 66 mit 24 Enthaltungen abgelehnt.

Das heisst, dass die Diskussionen über die Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglementes weitergeführt werden können.

Karl Nussbaumer meint, dass es genau der falsche Zeitpunkt für eine Erhöhung des Lohnes des Gemeinderates ist. Es handelt sich um eine Lohnerhöhung. Man kann schon sagen, dass die Pensen erhöht werden, jedoch ist es eine Lohnerhöhung. Es betrifft alle, im ganzen Kanton Zug muss gespart werden. Alle Anwesenden hier müssen sparen, auch die Verwaltung und die Leute im privaten Bereich. Am kommenden Wochenende wird auch über das Sparen abgestimmt (*Anm. der Protokollführerin: Entlastungsprogramm 2015-2018, Paket 2, des Kantons*). Und dann kommt der Gemeinderat und möchte sich mehr Lohn geben. Das kann es nicht sein. Karl Nussbaumer ist auch Kantonsvertreter als Kantonsrat. Menzingen erhält über CHF 11 Mio aus dem Finanzausgleich. Was wäre das für ein Signal nach Zug, wenn die Gemeindeversammlung am heutigen Abend den Antrag des Gemeinderates annehmen würde? Das wäre ein ganz schlechtes Signal. Wir werden in den nächsten Jahren über den Finanzausgleich diskutieren. Karl Nussbaumer wird sich selbstverständlich weiterhin einsetzen, dass Menzingen möglichst viel Geld erhalten wird. Aber es gibt viele Gebergemeinden und das ist ein falsches Signal, welches ausgesandt wird. Darum bittet Karl Nussbaumer die Anwesenden, den Antrag des Gemeinderates abzulehnen.

Marianne Aepli ist sich sicher, dass es den richtigen Zeitpunkt nie gibt. Der Gemeinderat hat diesen eigentlich schon verpasst, weil er jetzt zu günstig arbeitet. Marianne Aepli ist sich ausserdem sicher, dass der Gemeinderat nicht zurücktritt wenn er keine Lohnerhöhung oder Pensenerhöhung erhält. Trotzdem möchte sie kurz ein Plädoyer für die Arbeit des Gemeinderates ohne Zahlen halten. Die Gemeinderäten müssen

verschwiegen, diskret und sehr kommunikativ sein. Ausserdem brauchen sie eine dicke Haut wenn alles Mögliche auf sie zukommt und trotzdem sehr sensibel für die Anliegen der Bevölkerung. Sie müssen führen und entscheiden oder wieder Dienstleistung erbringen und abschätzen können, wenn das Richtige von beidem angesagt ist. Deshalb sind sie bereits in der richtigen Lohnklasse, wo sie jetzt sind. Aber jetzt fehlt den Gemeinderäten noch die Zeit, um ihre Arbeit wirklich so auszuführen. Wir dürfen nicht nur soviel Herzblut und ehrenamtliche Arbeit von ihnen erwarten, dass sie dann diese Diskrepanz, welche in den Zahlen zuvor ersichtlich war, an ihre Arbeit daran geben müssen. Man darf nicht nur an den akuten Gemeinderat denken, sondern auch an die Zukunft. Wer sich wählen lassen möchte, der reduziert Lohnarbeit für ein solches Amt. Und es wird zunehmend schwieriger werden, solche Leute zu finden, die sich zur Verfügung stellen. Eine faire und angemessene Lohnentschädigung ist hier richtig, auch für in die Zukunft. Für die Alternative – die Grünen Menzingen möchte Marianne Aepli sehr empfehlen, diesen Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Karl Künzle gefällt es jeweils nicht besonders, wenn er eine Vorlage erhält, in welcher sehr viel drinsteht, eine Liste mit den kleinsten Beträgen, jedoch nicht erwähnt wird, über was wirklich gesprochen wird. Unser Gemeinderat verdient heute zwischen CHF 40'000 und 80'000 pro Jahr. Was er hier beantragt, ist eine Salärerhöhung von 50 %. Er möchte nämlich mindestens CHF 60'000 verdienen und dies nicht in einem Hauptamt, sondern als Nebenverdienst. Wenn Karl Künzle die Steuereinnahmen von Menzingen anschaut, fragt er sich, wer überhaupt gesamthaft soviel verdient wie der Gemeinderat im Nebenamt. Aber vielleicht hat er auch mehr Verantwortung. Das muss man auch zugestehen. Was Karl Künzle wirklich nicht gefällt, ist eine Salärerhöhung von 50 % zu einem Zeitpunkt, wo eben darüber abgestimmt wurde, dass Steuern erhöht werden müssen. Der Gemeinderat hat der Bevölkerung erklärt, weil das Defizit Jahr für Jahr grösser wird, müssen Steuern erhöht werden. Und jetzt holt er sich zwei Drittel von dieser Steuererhöhung wieder als Salärerhöhung. Dies gefällt Karl Künzle nicht. Dass am nächsten Wochenende noch ein paar Millionen im Kanton eingespart werden können, kommt dann noch dazu (*Anm. der Protokollführerin: Entlastungsprogramm 2015-2018, Paket 2, des Kantons*). Karl Künzle bittet die Anwesenden, dieser Erhöhung jetzt nicht zuzustimmen.

Peter Dittli präzisiert, dass der Gemeinderat nicht nur vielleicht, sondern sicher mehr Verantwortung hat.

Isabelle Menzi berichtet, dass CHF 40'000 nicht stimmen. Mit den 25 % hat man CHF 35'740 und dies ist brutto. Und mit 37 % hätte der Gemeinderat CHF 52'895 und auch das ist brutto. Dies zur Präzisierung.

Luzia Hauri kann sich den vorgängigen Voten anschliessen. Es ist ein ungünstiger Zeitpunkt. Zu einer anderen Zeit wären viele oder die meisten bereit, dieses Salär zuzusprechen. Man weiss, dass die Gemeinderäte viel Verantwortung tragen, dies möchten ihnen niemand entgegen halten. Aber in Sparzeiten des Kantons werden Stellen abgebaut, welche nicht ersetzt werden. Die Mitarbeitenden des Kantons haben mehr zu tragen. Sie bekommen aber nicht mehr Lohn dafür, was sie leisten müssen für diese Stellen, welche abgebaut wurden. Es wäre ein Zeichen des Gemeinderates, dass er sich solidarisch zeigt zu diesen Leuten. Wenn sie eine Lohnerhöhung für das, was sie mehr leisten müssen, gibt es aus Spargründen auch nicht mehr. Zu einer anderen Zeit, wenn es dem Kanton allgemein wieder besser geht, ist niemand dagegen, dem Gemeinderat dies zuzusprechen. Es wäre Grösse, wenn die Gemeinderäte sich solidarisch zeigen und vorangehen. Der Gemeinderat ist sozusagen der Arbeitgeber und die anderen sind dessen Angestellte. Dann kann der Gemeinderat auch nicht sagen, dass gespart werden muss, jedoch hat der Gemeinderat es verdient, dass er mehr Salär und Spesen erhalten und die Angestellten müssen schauen, wo sie bleiben. Es wäre nicht mehr als fair.

Albert Röllin erwähnt eingangs den folgenden Bibelspruch: „Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist!“ Und dann kann man auch sagen: gebt dem Gemeinderat den gerechten Lohn, den er verdient. Dies wäre das Eine. Albert Rölli möchte den Stimmbürgerinnen und den Stimmbürgern sagen, dass man den Gemeinderat entsprechend sei-

ner Arbeitszeit entschädigt. Aber zugleich möchte er dem Gemeinderat ans Herz legen, sich zu überlegen, ob er überall dabeisein muss. Zum Beispiel die Teilnahme einer Vereinsgeneralversammlung. Es könnte beschränkt werden auf Jubiläumsanlässe. Es ist nicht so, dass man die Arbeit der Vereine nicht schätzt. Aber es gibt noch diverse Sachen, bei denen sich der Gemeinderat etwas rar machen könnte und dafür mehr Zeit hätte für strategische Aufgaben.

Peter Dittli präzisiert, dass der Gemeinderat an die Vereinsgeneralversammlungen aus Wertschätzung der Vereine teilnimmt. Der Zeitbedarf beläuft sich jeweils auf etwas drei bis vier Stunden. Es wird jedoch nur jeweils eine Stunde aufgeschrieben.

Gemeindepräsident Peter Dittli bringt den Antrag des Gemeinderates zur Abstimmung:

Der Gemeinderat beantragt, die Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements vom 10. Dezember 2003, insbesondere die Änderung des Besoldungstabelle I zu genehmigen.

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 78 : 61 Stimmen **abgelehnt**.

Nr. 4 Machbarkeitsstudien für die öffentlichen Gebäude

Peter Dittli (Vorsteher Bildung und Präsidiales) hat an der letzten Gemeindeversammlung ausführlich über den Abschluss des Mitwirkungsverfahrens informiert. Die Mitwirkenden haben eine Empfehlung an den Gemeinderat verabschiedet. Der Gemeinderat hat entschieden, diese Empfehlung aus dem Mitwirkungsprozess zu befolgen. Nun übergibt Peter Dittli das Wort an Martin Kempf.

Martin Kempf (Vorsteher Bau) erklärt, dass der Gemeinderat versucht hat, mit dieser sehr detaillierten Vorlage den Anwesenden diese Thematik vor Augen zu führen. Er möchte vor allem auch die Zeit nutzen, die Fragen der Stimmbevölkerung zu beantworten. Zuerst kommt er zur Zusammenfassung. Vor etwa drei Jahren wurden damit begonnen, die Standorte, die Schulentwicklung, die Anzahl Schüler und Schülerinnen zu studieren und aufzulisten. Im Dezember 2014 wurden der Entscheid gefällt, die Schule Finstersee zu schliessen. Nachher wurde dem Gemeinderat durch verschiedene politische Vorstösse mitgeteilt, dass dieses Vorgehen so nicht erwünscht ist. Der Gemeinderat hat darauf eine Rückbesinnung gemacht und zog ein Mitwirkungsverfahren auf. Dieses Mitwirkungsverfahren begann im Sommer 2015 und wurde zusammen mit Menzingers Bevölkerung durchgeführt. Insgesamt nahmen 40 interessierte Personen an den diversen Workshops teil. In diesen Workshops wurden die Bedürfnisse abgeholt und der Gemeinderat hat versucht, die Argumente der Bevölkerung miteinzubeziehen. Nach dem Mitwirkungsverfahren sind die Beteiligten zur Ansicht gekommen, dass man mit den verschiedenen Standorten, wie in der Vorlage ersichtlich, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben sollte. Diese beinhaltet ein Neubau im Dorfzentrum in der Region Marianum, Eu, Villa Neudorf, alter Werkhof, altes Feuerwehrgebäude. Eine zweite Machbarkeitsstudie sollte gemacht werden im Gebiet Sonnengrund/Ochsenmatt. Eine dritte Machbarkeitsstudie sollte im Bereich Schulhaus Finstersee gemacht werden. Es wurde ebenfalls definiert, was wo untergebracht werden muss. Im erwähnten Neubau müsste für die Musikschule, Kindergärten, Sonderpädagogik, Spielgruppe und für die Pfadi Platz geschaffen werden. Im Gebiet Sonnengrund sollte die Schullergänzende Betreuung SEB, Jugendtreff und Jugendarbeit untergebracht werden. Im Gebiet Schulareal Finstersee sollte die Schule sowie schullergänzende oder alternative Nutzweisen Platz finden. Welche alternativen Nutzweisen bei einer allfälligen Schliessung der Schule Finstersee in Betracht gezogen werden könnten, wäre in der Machbarkeitsstudie miteinzubeziehen. Was muss eine Machbarkeitsstudie aufzeigen? An allen genannten Standorten muss eine Machbarkeitsstudie Auskunft über die Zukunftsperspektive geben. Dem Gemeinderat ist es wichtig, über allfällige Investitionen für die nächsten 20 bis 30 Jahre Bescheid zu wissen. Es ist wichtig zu wissen, welche Sanierungen in welchen Liegenschaften nötig sind. Zum Beispiel wäre die Fassade im Schulhaus Ochsenmatt 2 längst sanierungsbedürftig, dies auch beim Schulhaus Finstersee. Es wurde bis jetzt bewusst gewartet mit Investitionen in

diesen Liegenschaften, bis klar ist, was in Zukunft wo ausgeübt werden soll. In der Vorlage ist detailliert ersichtlich, was diese Machbarkeitsstudie alle beinhaltet und wie dieses Projekt angepackt werden müsste. Was allerdings nicht in der Vorlage ersichtlich ist, ist das Szenario, falls die Stimmbevölkerung die Studien zu teuer findet. Dies kam unter anderem in den diversen Parteiversammlungen und Vorgesprächen zum Ausdruck. In diesem Fall könnte das Vorhaben nicht durchgeführt werden, so sauber alles aufgegleist wurde. Es geht nicht, dass man die gleichen Leistungen für die Hälfte der Kosten erhält. Man würde dann keine Gesamtübersicht erhalten.

Die Kostenzusammenstellung ist auf Seite 37 der Broschüre zu finden. Diese Tabelle wurde vermutlich sehr genau durch die Anwesenden geprüft. Man möchte vertieft wissen, was in den einzelnen Liegenschaften möglich ist. Was muss z.B. in der Erdbbensicherheit investiert werden? Es gibt heutzutage viele Anforderungen, welche es braucht, um ein Schulhaus zu sanieren. Mit dieser Vorlage bringt der Gemeinderat das Resultat der Arbeitsgruppe aus dem Mitwirkungsverfahren. Der Gemeinderat hat dies aufgenommen und beantragt bei den Anwesenden aus diesem Grund den Kredit, verteilt auf zwei Jahre.

Tom Magnusson weist auf den Zeitungsartikel, dass die FDP dagegen ist. Auch hier geht es ums Sparen. Jedoch geht es hier um mehr, als dass die FDP sich das Geld nicht leisten möchte. Die FDP ist auch nicht aus dem Grund dagegen, weil sie in Finsensee keine Schule mehr möchte, im Gegenteil. Hingegen fehlt der FDP die Vision, was genau gemacht werden soll. Martin Kempf, Vorsteher Bau, hat vorhin ausgeführt, was das Vorhaben in Bezug auf die Schullergänzende Betreuung SEB beinhaltet. Dies war in der Broschüre nicht genau ersichtlich. Tom Magnusson hat den Artikel relativ lange gelesen und konnte aber nicht genau nachvollziehen, was genau wohin kommt. Das Gebiet, wo der alte Werkhof jetzt steht, ist eine der besten Parzellen, welche die Gemeinde noch hat. Dort einfach ein Schulhaus aufzustellen, ist nach Ansicht von Tom Magnusson nicht wirklich das, was die Gemeinde möchte. Die FDP möchte wissen, wohin die Gemeinde geht und was alles gemacht werden sollte. Dafür wurden vorhin ein paar gute Tipps erwähnt, was der Gemeinderat strategisch mehr machen könnte. Daraus würde die FDP beliebt machen, dass der Gemeinderat der Bevölkerung eine Vision aufzeigen soll, wohin er mit den öffentlichen Gebäude möchte. Dann kann bestimmt werden, ob ein Schulhaus saniert werden, neu gebaut oder verkauft werden soll. In diesem Sinn möchte Tom Magnusson beliebt machen, den Antrag des Gemeinderates nicht zu unterstützen, sondern zurückzuweisen mit dem Auftrag, dass mehr gemacht werden soll als bisher und günstiger.

Martin Kempf erklärt, dass das von ihm Gesagte ein Zusammenzug aus der Vorlage in der Broschüre ist. Er weist auf die Aufzählung zuoberst auf Seite 35 in der Broschüre hin, wo die einzelnen Gebiete aufgeführt sind. Es wurde auch gefordert, dass geklärt werden muss, in welche Richtung die Gemeinde mit ihren Liegenschaften gehen will.

Tom Magnusson entgegnet, dass er diese Passage wohl gelesen hat. Jedoch stehen dort drei Dinge zu Schulhäuser. Der Antrag lautet jedoch: Machbarkeitsstudien für die öffentlichen Gebäude“. Tom Magnusson geht es insbesondere um das Areal des alten Werkhofs. Das eine ist, dass man dieses Gebiet der Luegeten gratis zur Verfügung stellt. Langfristig soll überlegt werden, was dort gebaut werden soll. Dies hat nichts mit den aufgeführten Schulhäuser zu tun. Man sollte hier etwas grosszügiger denken und effektiv etwas mehr machen. Tom Magnusson ist nicht dagegen, dass sich Menzingen entwickeln soll, im Gegenteil ist es ein Muss. Es sollen mehr Leute angelockt werden können, in dieser schönen Gemeinde zu wohnen und Steuern zu zahlen, damit Menzingen es sich leisten kann, das Pensum zu erhöhen (*Anmerkung der Protokollführerin: Pensen des Gemeinderates*), aber es soll ein Schritt nach dem anderen getan werden. Machen wir die richtigen Schritte und machen wir jetzt nicht eine relativ teure Machbarkeitsstudie für einen Teil der öffentlichen Gebäude wenn mehr Schulraum benötigt wird.

Peter Dittli fragt sich, ob er vermutlich an einer Gemeinderatssitzung gefehlt hat. Er hat nie gehört, dass das Areal des alten Werkhofs der Luegeten gratis zur Verfügung gestellt werden soll.

Markus Hegglin orientiert, dass er selbst an der Schulraumplanung mit dabei war. Es fanden vier Sitzungen statt und es wurde sehr weit diskutiert. Die Gruppe ist zum Schluss gekommen, dass eine solche Machbarkeitsstudie notwendig ist, damit überhaupt klar ist, was gemacht werden soll. Es sind verschiedene Baustellen vorhanden, z.B. die Villa. Dort müsste schon seit 10 Jahren etwas gemacht werden. Die Frage ist, was soll gemacht werden? Diese drei Gebiete wurden aus folgendem Grund ausgewählt: wird die Fläche des alten Werkhofs gebraucht? Wenn ja, ist sie ja vorhanden, also kann die Fläche auch gebraucht werden. Vielleicht wird das Areal aber auch nicht gebraucht, da das Areal Ochsenmatt/Sonnengrund genügend Platz mit den bestehenden Gebäude und allfälligen Umbauten, usw. bietet. Dafür wird diese Studie gebraucht. Diese soll aufzeigen, ob dieser Platz benötigt wird. Wenn nicht, ist es von Vorteil, dass mit dem Areal des alten Werkhofs noch Platz vorhanden ist. Markus Hegglin ist der Meinung, dass diese Studie nicht nach dem Motto gemacht wird: wir brauchen nun allen verfügbaren Platz.

Andreas Etter stellt im Namen der CVP Menzingen den folgenden Antrag:

Das Traktandum 6 (*Anmerkung der Protokollführerin: Traktandum 4 nach geänderter Reihenfolge*) ist aus Kostengründen zurückzuweisen. Bis zur nächsten Gemeindeversammlung im Mai 2017 mit den folgenden Vorgaben neu vorzulegen:

- Klare Angaben der notwendigen Bedürfnisse, dies mit Bezug zur strategischen Ausrichtung des Gemeinderates/Gemeinde.
- Klare Priorisierung anhand dieser Bedürfnisse der Örtlichkeiten/Quartiere (dadurch möglicherweise zeitliche Aufteilung der Machbarkeiten)
- Reduktion der externen Begleitkosten (vermehrt Eigenleistung versus externe Begleitung)
- Und aufzeigen der überhaupt finanziell realisierbaren Investitionen als Basis für Optionen in der Machbarkeitsstudie (können wir uns überhaupt leisten, was die Machbarkeitsstudie aufzeigen soll)

In diesem Sinn bittet Andreas Etter um die Unterstützung der Anwesenden für diesen Rückweisungsantrag.

Peter Dittli bemerkt, dass er während seiner 14-jährigen Tätigkeit im Gemeinderat noch nie Rückweisungsanträge erlebt hat. Wenn Rückweisungsanträge vorliegen, darf die Diskussion nicht mehr weitergeführt werden, sondern muss sofort über den Rückweisungsantrag abgestimmt werden laut § 76, Abs. 2 Gemeindegesetz.

Dem **Rückweisungsantrag von Andreas Etter** wird mit 94 zu 32 Stimmen zugestimmt.

Das heisst, dass die Diskussionen über den Antrag Machbarkeitsstudien für die öffentlichen Gebäude nicht weitergeführt werden.

Martin Kempf fragt den Antragsteller Andras Etter, ob der Gemeinderat an der nächsten Gemeindeversammlung eine neue Vorlage präsentieren muss. Es soll überlegt werden, ob das seriös machbar ist in dieser Zeit. Er findet, der Gemeinderat soll die Kompetenz haben, zu entscheiden, ob eine neue Vorlage an der nächsten oder übernächsten Gemeindeversammlung präsentiert werden kann. Dies wäre angemessen.

Nr. 5 Antrag Budget 2017 – Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzen) gibt ausführliche Erläuterungen zum Budget 2017 anhand einer PowerPoint-Präsentation ab.

Fragen zu den Abteilungen

Präsidiales

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Finanzen

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Bildung

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Bau

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Liegenschaften

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Volkswirtschaft

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Sicherheit

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Soziales und Gesundheit

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Isabelle Menzi stellt fest, dass zum Budget keine Fragen oder Wortmeldungen gestellt werden.

Peter Dittli fragt die Rechnungsprüfungskommission an, ob sie zum Budget 2017 Ergänzungen machen möchte.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gemeindepräsident Peter Dittli bringt die Anträge des Gemeinderates zur Abstimmung:

Der Gemeinderat beantragt:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2017 wird auf 71% des kantonalen Einheitssatzes belassen. Es werden CHF 131'000 aus der Steuerausgleichsreserve entnommen.
2. Das Budget für das Jahr 2017 wird unter Berücksichtigung allfälliger Änderungen oder Ergänzungen durch die Gemeindeversammlung genehmigt.

Dem Antrag des Gemeinderates wird **einstimmig zugestimmt**.

Nr. 6 Kenntnisnahme Finanz- und Investitionsplan 2017 - 2021

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzen) weist darauf hin, dass der Finanz- und Investitionsplan 2017 – 2021 zur Kenntnisnahme ist. Trotzdem möchte Isabelle Menzi einige

Fakten dazu anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutern.

Tom Magnusson möchte eine simple Frage stellen. Die FDP teilt die Einschätzung des Gemeinderates, dass Menzingen finanziell relativ anspruchsvolle Zeiten hinter und vor sich hat. Tom Magnusson ist auch der Meinung, dass genau hingeschaut werden muss. Gleichzeitig spricht er auch sein Vertrauen an den Gemeinderat aus, der einen guten Job macht. Tom Magnusson erläutert seine Unsicherheit im Zusammenhang mit der Mehrheitsbeteiligung der Gemeinde an der Luegeten AG. Er möchte wissen, ob es nicht mehr Informationen dazu gibt. Zudem fragt er sich, ob nicht gewisse Dinge dazu in die Finanz- und Investitionsplanung aufgenommen werden müssten. So dass an der Gemeindeversammlung wenigstens darüber abgestimmt werden kann, was mit der Luegeten gemacht wird. Die Luegeten ist ja im Besitz der Gemeinde.

Peter Dittli versichert, dass unter dem Traktandum „Weitere Informationen aus dem Gemeinderat“ zum Thema Luegeten etwas gesagt wird.

Die Gemeindeversammlung nimmt vom vorliegenden Finanz- und Investitionsplan Kenntnis.

Nr. 7 Interpellation zur Wiedereinführung der Hol- und Bringstation im neuen Werkhof

Beantwortung Interpellation Alternative-die Grünen Menzingen betreffend Wiedereinführung der Hol- und Bringstation im neuen Werkhof

Peter Dittli orientiert, dass die Fragen von Alternative – die Grünen Menzingen vom 29. April 2016 und das Antwortschreiben des Gemeinderates datiert vom 9. August 2016 auf der Seite 39 und 40 in der Broschüre abgedruckt ist. Deshalb verzichtet der Gemeinderat auf ein Vorlesen.

Peter Dittli fragt die Interpellantin, Marianne Aepli, an, ob sie mit den Antworten des Gemeinderates zufrieden ist.

Marianne Aepli bestätigt ihre Zufriedenheit mit Kopfnicken.

Nr. 8 Weitere Informationen aus dem Gemeinderat

Postversorgung

Peter Dittli war sehr überrascht, als die Verantwortlichen der Post mit der Gemeinde einen Termin für ein Informationsgespräch wünschten. Nie hätte er gedacht, dass eine Gemeinde mit 4'500 Einwohnerinnen und Einwohnern im Fokus der Sparmassnahmen der Post sein könnte. Es fand ein Gespräch statt zwischen Gemeindepräsident und Gemeindegemeinschafterin und dem Leiter Verkaufsgebiet Zentralschweiz und dem Spezialisten für Poststellen und Verkauf. Die Aussagen der beiden Postvertretern waren wie folgt: Nachfrage in der Poststelle Menzingen ist mehrheitlich rückläufig, dadurch ist ein massiver Mengenrückgang am Postschalter zu vermerken. Die Zahlen 2000 bis 2015 belaufen sich auf Briefe minus 63 %, Pakete minus 42 %, Einzahlungen minus 37 %. Die Post AG überprüft die Poststellen in Bezug auf das künftige Angebot. Vor einer Schliessung oder einer Verlegung wird die Post mit den Behörden der betroffenen Gemeinden das Gespräch suchen. Seither hat die Gemeinde von der Post nichts mehr gehört. Es muss nun abgewartet werden. Der Gemeinderat wird für die Post in Menzingen kämpfen. Jedoch liegt der entgeltliche Entscheid bei der Post.

Sek I Plus

Peter Dittli informiert, dass Sek I Plus ein Projekt ist, welches in diesem Jahr in Menzingen gestartet wurde. Das heisst aber nicht, dass dies nur in Menzingen der Fall

ist. Sek I Plus wird im ganzen Kanton eingeführt. In Menzingen konnte die Einführung rascher vonstatten gehen. Gerne würde Peter Dittli Auskunft geben über Sek I Plus. Er wusste jedoch nicht, dass die Mänziger Zytig auf zweieinhalb Seiten dieses Projekt vorstellt. Peter Dittli geht davon aus, dass die Bevölkerung diese Information aus der Mänziger Zytig entnehmen konnte. Für die Lernateliers braucht es bauliche Anpassungen. Gemäss Angaben des Kantons sollten diese kostenneutral sein. Dies ist jedoch nicht möglich, wenn bauliche Massnahmen nötig sind. Diese Massnahmen werden im Ochsenmatt 2 im ersten Halbjahr 2017 und im Ochsenmatt 1 spätestens während den Sommerferien 2017 gemacht werden.

Leitbild

Isabelle Menzi weist auf den Bericht in der Mänziger Zytig hin. Daraus konnte entnommen werden, dass der Gemeinderat an einer Klausur im Juni zusammen mit den Abteilungsleitern das bestehende Leitbild überarbeitet. Entstanden ist ein vorerst internes Papier mit einer Vision und Leitsätzen zu den verschiedenen Schwerpunkten. Die Schlussfassung dieses neuen Leitbildes wurde im November vom Gemeinderat verabschiedet. Im Dezember ist nun geplant, zusammen mit den Abteilungsleitern, entsprechende Leitziele und Massnahmen zu erarbeiten. Daraus soll ein Leitbild Menzingen entstehen, welches der Gemeinderat an der nächsten Gemeindeversammlung präsentieren möchte. Das Leitbild soll den Gemeindeangestellten Orientierung bieten und soll der Bevölkerung aufzeigen, wofür die Gemeinde einsteht, und mit welchen expliziten Massnahmen und Handlungen der Gemeinderat bis zum Ende der Legislatur darauf hinarbeiten möchte.

Mitwirkungsverfahren Dorfkerngestaltung

Martin Kempf erklärt, dass es bei diesem Thema um die Sanierung des Dorfkerns geht. Die Hauptaufgabe in diesem Projekt liegt beim Kanton. Die Gemeinde ist an verschiedenen Stellen betroffen. Die Bevölkerung wurde eingeladen, bei den Mitwirkungsverfahren beim Kanton mitzumachen. Man war frohen Mutes, dass eine Lösung gefunden werden könnte im Bereich der alten Drogerie mit einer Galerie. Der Kanton hat Projekte ausgearbeitet und Gespräche mit dem Eigentümer geführt. Es sah eigentlich alles gut aus. Nun wurde mitgeteilt, dass dieses Projekt dem Sparwillen des Kantons geopfert wurde. Das heisst, dass dieser Teil nicht mehr weiter verfolgt wird. Die Gemeinde ist jedoch anderer Meinung. Der Kanton hat ganz klare Aufgaben wie z.B. die Trottoirs entlang der Kantonsstrasse zu gewährleisten, oder Ähnliches. Wenn man das Auto auf dem Trottoir parkiert und dann 40 cm offenlässt, riskiert man eine Busse, da dies nicht erlaubt ist. Laut der Mitteilung des Kantons wird dieses Projekt ein Jahr hinausgeschoben und frühestens im 2019 realisiert. Die Kosten fallen grossmehrheitlich beim Kanton an. Die Gemeinde betrifft es höchstens bei den Parkplätzen und bei den angrenzenden Gemeindestrassen.

Werkhof/Ökihof

Marti Kempf freut sich, den Anwesenden positive Zahlen und Signale durchzugeben. Praktisch alle Arbeiten konnten abgeschlossen werden. Es fehlt noch die Verglasung beim Ökihof. Durch den starken Wind war die Versetzung der Glasscheibe noch nicht möglich, wird jedoch baldmöglichst erledigt. Danach sind die Bauarbeiten abgeschlossen. Im Moment ist man daran, die Schlussrechnungen für die einzelnen Unternehmungen zu erstellen. Es kann jetzt schon gesagt werden, dass es finanziell gut abschliessen wird. Der gewährte Kredit wird sicher ausreichen. Über genauere Angaben wird Martin Kempf an der nächsten Gemeindeversammlung orientieren. Auch die Abnahmen durch die Suva gingen vonstatten und wurden mit sehr gut beurteilt. Martin Kempf hofft, dass auch die Benützer des Ökihofs zufrieden sind. Ab sofort ist der Ökihof jeweils jeden zweiten und letzten Samstagmorgen im Monat geöffnet. Martin Kempf animiert die Bevölkerung, diese Gelegenheit mit den Samstagsöffnungszeiten zu nutzen. Es kann noch etwas zur Interpellation der Alternative – die Grünen Menzingen bezüglich der Hol- und Bringstation mitgeteilt werden. Mittlerweile hat die Pfadi einen Flohmarkt durchgeführt. Dieser wird wieder stattfinden. Noch brauchbare Gegenstände sollen doch für die Pfadi aufbewahrt und dann mitgegeben werden. Falls ein

Gegenstand jedoch sofort weggebracht werden soll, so gibt es im Ökihof eine Magnettafel, an welcher private Anzeigen gemacht werden können. Dies läuft jedoch nicht über die Gemeinde.

Hallenbad Ägerital

Martin Kempf weist auf eine Interpellation in Sachen Schwimmbad Ägerital hin. Der Kontakt wurde mit den Betreibern aufgenommen und es wurde auch schon mehrmals an Gemeindeversammlungen darüber berichtet. Man sieht, wie lange ein solches Projekt bis zur Ausführung dauert. Im Moment sind die Bauarbeiten im Gang. Die Gemeinde hatte kürzlich Kontakt mit Unterägeri. Zur Zeit wird noch keine Wasserfläche vergeben. Die Gemeinde Menzingen ist nach wie vor im Gespräch und zuversichtlich, dass Menzingen Wasserflächen bekommen wird.

Luegeten AG

Susan Staub berichtet, dass die Baukommission und der Verwaltungsrat der Luegeten AG im Schlussspurt sind. Das Projekt Umnutzung und Anpassung der Luegeten wird in der nächsten Sitzung verabschiedet und fristgerecht noch vor Jahresende der Gesundheitsdirektion eingereicht. Anfangs 2017 wird auch das Baugesuch bei der Gemeinde eingereicht. Sowohl bei der Gesundheitsdirektion wie auch bei der Gemeinde fand bereits eine Vorprüfung statt. Im September wurden alle Anwohnenden eingeladen und über das Projekt informiert. In diesem Projekt gibt es noch ein zweites Projekt „Luegeten unterwegs“. So kann die Zeit während der Bauphase überbrückt werden und den Bewohnenden ein neues Zuhause geboten werden. Es ist für diese Zeit ein Projekt im Modulfertigbau vorgesehen. Wie heute Abend bereits informiert wurde, hat der Gemeinderat bereits die Zusage zum Standort des alten Werkhofs gegeben. Diese Vereinbarungen werden baldmöglichst abgeschlossen. Es sieht so aus, dass die Luegeten AG ein bereits bestehendes Modul erwerben kann. Auch in dieser Sache laufen die Verhandlungen. Wenn mit der Baubewilligung alles wunschgemäss klappt, ist die Inbetriebnahme der „Luegeten unterwegs“ im 1. Quartal 2018 und der Einzug in die Luegeten könnte im 2. Quartal 2020 gefeiert werden. Angesprochen wurde auch die Finanzierung. Die Luegeten AG ist eine Aktiengesellschaft, welche mit dem Eigenkapital arbeiten muss. Es gibt noch Beiträge vom Kanton und den Gemeinden. Gemäss Regierungsratsbeschluss gibt es einen Beitrag von CHF 5'973'000 Mio und die weiteren Kosten sind mittels Fremdkapital aufzunehmen.

Dorffest 2017

Susan Staub teilt mit, dass das Menzinger Dorffest in 267 Tagen unter dem Motto „s'fäscht, mänzige fiired“ von Freitagabend, 18. August bis Samstagabend, 19. August 2017 statt. Das OK des Vereins Dorffest unter dem Präsidium von Ständerat Peter Hegglin ist fleissig am Arbeiten. Soviel soll schon hier verraten sein. Es wird sicher einmalig. Der Dorfplatz Menzingen von der neuen Ecke bis zum Ochsen gehört für einmal nicht den Autos, sondern der Bevölkerung. Es wird also mitten im Dorf gefeiert mit viel Musik und Festwirtschaft. Am Samstag gibt es einen Brunch und ein Kinderprogramm. Natürlich ging auch die Kaffeestube und die Bar nicht vergessen. Als Rahmenprogramm soll es eine Ausstellung geben mit alten Fotos von Menzingen. Die Finanzierung der Einwohner-, Bürger, kath. und ref. Kirchgemeinde wird durch einen Sponsor ergänzt. Die Bank am Dorfplatz, also die Raiffeisenbank, konnte dazu gewonnen werden. Natürlich ist das OK auf viele freiwillige Helfer angewiesen. Bereits wurden die verschiedenen Vereine angefragt. Aber wenn auch Interessierte aus der Bevölkerung Lust haben, das OK mit starken Händen zu unterstützen, kann dies entweder bei der Einwohnerkontrolle, Markus Schnüriger, oder direkt bei Hedi Barmet, Personalzuständige, gemeldet werden. Das OK freut sich schon jetzt, der Bevölkerung am Dorffest zu begegnen.

Idée Suisse Award

Barbara Beck berichtet über etwas sehr Erfreuliches. Lars Rominger wurde diese Woche als innovativsten Unternehmer geehrt und mit dem Idée Suisse Award 2016 ausgezeichnet. An dieser Stelle wird Lars Rominger ganz herzlich zu dieser Auszeichnung gratuliert. „Wir sind stolz auf dich, Lars!“ Leider konnte er heute Abend nicht dabei sein, da er eine wichtige Besprechung hat.

Peter Dittli kommt zum Schluss der Versammlung. Er dankt im Namen des Gesamtgemeinderates allen Angestellten der Einwohnergemeinde für den geleisteten Einsatz in diesem Jahr. Auch geht ein sehr grosser Dank an alle Personen, die sich freiwillig zum Wohle der Bevölkerung einsetzen. Weiter dankt er seinen Kolleginnen und seinem Kollegen im Gemeinderat und der Gemeindeschreiberin für ihre Unterstützung und für das Mittragen der Entscheide. Peter Dittli dankt auch Nino Steck, Simon Leuenberger und Marco Agostinis für die Organisation des heutigen Abends. Den Trachtenfrauen, welche den Apéro vorbereiten, wird ebenfalls herzlich gedankt. Besonderen Dank gilt den Einwohnerinnen und Einwohnern für die Teilnahme, das aktive Mitmachen und für das Vertrauen, welches dem Gemeinderat immer wieder entgegengebracht wird.

Mit dem Hinweis zur nächsten Gemeindeversammlung am 31. Mai 2017 wird der offizielle Teil der Gemeindeversammlung geschlossen. Alle Anwesenden sind zum anschliessenden Apéro eingeladen.

Schluss der Versammlung um 21.55 Uhr.

Die Protokollführerin:

Petra Poletti

Eingesehen und für richtig befunden.
Sitzung des Gemeinderats vom 9. Januar 2017

Im Namen des Gemeinderates Menzingen

Der Gemeindepräsident:

Peter Dittli